



Foto: Landtag von Baden-Württemberg

INFO AUS DEM LANDTAG

MÄRZ 2017



Liebe Genossinnen und Genossen,

ein Jahr ist es nun her, dass wir die bittere Niederlage bei der Landtagswahl einstecken mussten. Seitdem streitet die selbsternannte Komplementärkoalition aus Grünen und CDU bei allen wichtigen politischen Aufgaben und gibt den Schwaben lieber den Ratschlag, ihre älteren Dieselfahrzeuge nach Nordbaden zu verkaufen, anstatt die Alltagssorgen der Menschen ernst zu nehmen und praktikable Lösungen für das Feinstaubproblem zu finden. Grün-Schwarz reagiert stattdessen mit plumpen Fahrverboten und lässt Mobilität so zur neuen sozialen Frage werden. Anstatt davon auszugehen, dass jeder Mensch sich mal eben einen neuen, schadstoffärmeren PKW zulegen kann, sollte Grün-Schwarz den ÖPNV stärken und die Bürger bei der Nachrüstung ihrer Fahrzeuge unterstützen. Auch die Autoindustrie sollte meiner Meinung nach hier ihren Teil dazu beitragen, indem sie z.B. in einen Fonds einzahlt, der einen Teil der Nachrüstkosten für die Nutzer abdeckt.

Was uns im März sonst noch so Wichtiges im Landtag beschäftigt hat, findet ihr nachfolgend in gewohnter Kürze zusammengefasst.

Herzliche Grüße

Andreas Stoch

LANDTAGS-
FRAKTION



BADEN-
WÜRTTEMBERG

SPD

SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg
Konrad-Adenauer-Straße 12 · 70173 Stuttgart
Telefon 0711 2063-719

www.spd.landtag-bw.de
f www.facebook.com/spdlandtagbw
t www.twitter.com/spdlandtagbw

INHALT

Rückblick.....	2
Aktuelle Debatten.....	2
Unsere bereits beantworteten Fraktionsanträge.....	4
Ausblick.....	6
Eingebrachte Fraktionsanträge.....	6

RÜCKBLICK

Aktuelle Debatten

Türkischer Wahlkampf trifft auf deutschen Rechtsstaat

– beantragt von der Fraktion der CDU

Die Vorgänge in der Türkei und Aussagen Erdogans haben mit unserem Verständnis von Freiheit nichts zu tun. Es gilt, alle zu unterstützen, die in der Türkei den Mut aufbringen, weiter für fundamentale Freiheitsrechte zu streiten. Wir fordern die Türkei auf, rechtsstaatliche Grundsätze zu beachten und alle inhaftierten Journalisten umgehend auf freien Fuß zu setzen. Gleichzeitig dürfen wir den Gesprächsfaden mit der türkischen Regierung nicht abreißen lassen und müssen aufpassen, dass sich in der deutschen Gesellschaft keine neuen Gräben auftun. Wir müssen als Anhänger von Freiheit und Demokratie auch Meinungen aushalten, die uns nicht gefallen und die wir nicht teilen. Deshalb sollen auch Vertreter des türkischen Staates in Deutschland auftreten und sprechen dürfen, sofern sie die bei uns geltenden rechtlichen Spielregeln beachten.

Keinesfalls darf man jetzt alle Menschen türkischer Herkunft über einen Kamm scheren, weder die in der Türkei lebenden Menschen noch die hier lebenden Mitbürger türkischer Herkunft. Dem türkischen Staat muss allerdings klargemacht werden, dass Integrationsbemühungen bei uns gefährdet werden, wenn man innertürkische Konflikte in Deutschland austrägt.

Ansprechpartnerinnen in der Fraktion: Malin Melbeck (malin.melbeck@spd.landtag-bw.de), Renate Schelling (renate.schelling@spd.landtag-bw.de), Simone Geßmann (simone.gessmann@spd.landtag-bw.de) – je nach Schwerpunkt der Fragestellung.

Fahrverbote durch Feinstaub: Grün-schwarze Panikpolitik zum Schaden der Dieselfahrzeughalter und der baden-württembergischen Automobilindustrie

– beantragt von der Fraktion der AfD

Mobilität in Baden-Württemberg darf nicht zur neuen sozialen Frage werden. Doch die von Grün-Schwarz geplanten Fahrverbote bedeuten schlichtweg eine kalte Enteignung. Was wir in Stuttgart stattdessen brauchen, sind in erster Linie Investitionen in Busse und Bahnen, sowie bezahlbare Fahrpreise für alle. Wir brauchen mehr Nahverkehr auf mehr Strecken zu besseren Takten. Doch dafür müssen die Stadt und vor allem das Land die notwendigen Mittel in die Hand nehmen.

Ansprechpartner in der Fraktion: Thomas Leipnitz (thomas.leipnitz@spd.landtag-bw.de)

Grün-schwarze Chaostage

– beantragt von der Fraktion der SPD

Mit Blick auf das Dauergezänk zu den verschiedensten Themen haben wir Grün-Schwarz vorgeworfen, dass ihr Modell der sogenannten Komplementär-Koalition gescheitert sei. Statt diese als „Partnerschaft der sich ergänzenden Gegensätze“ zu begreifen, läuft das Geschäft zwischen Grünen und CDU eher nach der Arbeitsdevise „Jeder kümmert sich um seinen eigenen Acker und kommt dem anderen möglichst nicht in die Quere“. Jeden Tag sieht man neuen Sand im Getriebe. Beispiele gibt es viele: Das öffentlich ausgetragene Hauen und Stechen zwischen Vertretern von Grünen und CDU zur Asylpolitik, zu Abschiebungen nach Afghanistan, zur Benennung sicherer Herkunftsstaaten in Nordafrika, zum Ausbau der ökologischen Landwirtschaft oder zur Gestaltung eines freiwilligen Polizeidienstes. Bei all diesen Themen ziehen Grüne und CDU an einem Strang, aber leider in gegensätzliche Richtung. Es ist offenkundig, dass bei Grün-Schwarz der Haussegen schief hängt, weil es in Wirklichkeit keine gemeinsamen inhaltlichen Schnittstellen gibt.

Ansprechpartner in der Fraktion: Martin Mendler (martin.mendler@spd.landtag-bw.de) und Dr. Jens Walther (jens.walther@spd.landtag-bw.de)

60 Jahre Römische Verträge – Europa neu beleben

– beantragt von der Fraktion der CDU

„Die verbindende Idee Europas ist die Freiheit, der Kitt die soziale Gerechtigkeit – und beides gehört zusammen. Daran erinnert uns auch die Geburtsstunde der Europäischen Union“, erklärte SPD-Europasprecher Peter Hofelich im Plenum. Trotz einer Vielzahl an Problemen in Europa steht die Union noch immer vergleichsweise gut da. Vielerorts gelingt es, dem grassierenden Nationalismus entgegenzutreten und aufkommenden Krisen konstruktiv zu begegnen. Der Idealismus von Rom ist nicht der Pragmatismus von Brüssel. Beide Haltungen

können sich aber in Zukunft verbinden: Wer ein pragmatisch gelingendes Europa will, braucht künftig mehr Idealismus. Baden-Württemberg darf nicht bloß mittrotten, es muss für Europa vorangehen. Ein gemeinsamer Binnenmarkt muss mit Arbeitnehmer- und Verbraucherrechten genauso einhergehen wie mit einer gemeinsamen Außenpolitik. Unser Interesse ist mehr Europa und ein sozialeres Europa. Mit Blick auf einen besseren Schutz der EU-Außengrenzen kommt außerdem einer nachhaltigen Entwicklungszusammenarbeit mit Afrika und mehr Solidarität innerhalb Europas eine größere Bedeutung zu. Dazu sind auch mehr Investitionen nötig.

Die Menschen in Baden-Württemberg haben allen Anlass, gute Europäer zu sein. Unsere Aufgabe ist es, dass Europa in Zukunft noch mehr zu einer unaufgeregten und begeisternden Normalität wird.

Ansprechpartnerin in der Fraktion: Renate Schelling (renate.schelling@spd.landtag-bw.de)

Unsere bereits beantworteten Fraktionsanträge

Drucksache 16 / 130

Entlassung von Vertretungslehrern und Referendaren in den Sommerferien beenden

Die Arbeitsbedingungen für befristet beschäftigte Vertretungslehrkräfte sowie angehende Lehrkräfte nach Beendigung des Referendariats müssen dringend verbessert werden. Im Bereich Sonderpädagogik, in naturwissenschaftlichen Fächern und im ländlichen Raum ist bereits ein Lehrkräftemangel erkennbar. Vor allem in Grenzregionen wandern engagierte Lehrerinnen und Lehrer in andere Bundesländer oder ins Ausland ab. Auch in den kurzfristig eingerichteten Vorbereitungsklassen für Flüchtlinge brauchen wir motivierte Lehrkräfte. Diese lassen sich nicht mit befristeten Arbeitsverhältnissen und schlechten Rahmenbedingungen locken.

Wenn der grün-schwarzen Landesregierung wirklich an der Qualität an unseren Schulen gelegen wäre, würde sie sich darum bemühen, motivierte Lehrkräfte zu halten und den Nachwuchs zu fördern. In der vergangenen Legislatur konnten aufgrund der Weigerung des Koalitionspartners leider keine Fortschritte in der Frage der Weiterbezahlung in den Sommerferien erzielt werden. Die Umsetzung dieser Maßnahme war und ist in der Tat mit erheblichen Kosten verbunden. Heute stellt sich die Ausgangslage allerdings deutlich anders dar: Die aktuelle Haushaltslage ist besser denn je. Der finanzielle Spielraum wäre vorhanden. Daher muss die Landesregierung jetzt handeln. Ministerin Eisenmann sieht das jedoch anders. Aus ihrer Sicht sei die Situation „zumutbar“.

Antwort: http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/0000/16_0130_D.pdf

Ansprechpartnerin in der Fraktion: Jana Ehret (jana.ehret@spd.landtag-bw.de)

Drucksache 16 /997

Ist es Zeit für ein landeseigenes Schulbaumodernisierungsprogramm?

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erfordert erhebliche Anstrengungen zur Förderung digitaler Bildung. Dazu müssen insbesondere auch die entsprechenden Infrastrukturen und räumlichen Voraussetzungen an unseren Schulen geschaffen und aufgebaut werden, um diese neuen digitalen Lernkonzepte umzusetzen. Hier dürfen die Kommunen als Schulträger nicht allein gelassen werden. Eine entsprechende Landesförderung im Bereich Schulbaumodernisierung „#Digipakt“ sollte hier überdacht werden.

Antwort: http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/0000/16_0997_D.pdf

Ansprechpartnerin in der Fraktion: Jana Ehret (jana.ehret@spd.landtag-bw.de)

Drucksache 16 / 865

Aktuelle Entwicklungen im Strafvollzug und die daraus folgenden Notwendigkeiten

Die Handlungsempfehlungen der Expertenkommission zum Umgang mit psychisch auffälligen Gefangenen aus dem Jahr 2015 basieren auf einem Ist-Zustand bei der Belegung in den Justizvollzugsanstalten von 6.795 Gefangenen. Zum 31. Juli 2016 betrug diese Zahl bereits 7.095 Gefangene. Aktuell haben wir es anscheinend mit steigenden Gefangenenzahlen zu tun, die die baden-württembergischen Justizvollzugsanstalten insbesondere personell vor besondere Herausforderungen stellt und entsprechende Maßnahmen erfordert. Im Hinblick auf die Sicherheit unseres Landes, für die der Strafvollzug einen immens wichtigen Beitrag leistet, ist es von Interesse, wie die Landesregierung konkret auf die aktuellen Herausforderungen reagieren will.

Antwort: http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/0000/16_0865_D.pdf

Ansprechpartnerin in der Fraktion: Simone Geßmann (simone.gessmann@spd.landtag-bw.de)

AUSBLICK

Eingebrachte Fraktionsanträge

Drucksache 16/ 1827

Zukunft des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes nach 2019 sichern

Städte und Gemeinden brauchen im Rahmen des Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (LGVFG) bereits heute Planungssicherheit für Projekte, die über das Jahr 2019 hinausreichen. Deshalb ist eine frühzeitige Regelung der zukünftigen Finanzierung notwendig. Finanzielle Spielräume hierfür sind gegeben, da der Bund den Ländern einen höheren Anteil an der Umsatzsteuer zur Verfügung stellt.

Mehr: http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/1000/16_1827.pdf

Ansprechpartner in der Fraktion: Thomas Leipnitz (thomas.leipnitz@spd.landtag-bw.de)

Drucksache 16/1828

Umsetzungsstand und erste Erfolge des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes 2015

Mit der Novellierung des E-Wärme-Gesetzes 2015 wurden die Anforderungen an Investitionen in Wärmeerzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energie von 10 Prozent auf 15 Prozent erhöht. Andererseits wurden zahlreiche Kompensationsmöglichkeiten geschaffen, um das Gesetz bürgerfreundlicher zu gestalten. Zugleich stand immer die Behauptung im Raum, durch das Gesetz würde sich ein Investitionsstau bilden, da viele Hausbesitzer anstehende Heizungsaustausche wegen des erhöhten Aufwands möglichst lange aufschieben würden. Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung nach den ersten Erfahrungen mit der Wirkung des neuen Gesetzes.

Mehr: http://www.landtag-bw.de/files/live/sites/LTBW/files/dokumente/WP16/Drucksachen/1000/16_1828.pdf

Ansprechpartner in der Fraktion: Nils Opitz-Leifheit (nils.opitz-leifheit@spd.landtag-bw.de)

Alle weiteren Infos findet Ihr wie immer auch unter



www.spd.landtag-bw.de



www.facebook.com/spdlandtagbw



www.twitter.com/spdlandtagbw

LANDTAGS-
FRAKTION

